

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 88 (1997)

Heft: 20

Artikel: Strom und Gesellschaft : Dauerthema der Energiepolitik : Vortrag an der Jubiläumsfeier zu 100 Jahre Elektra Birseck Münchenstein (EBM) vom 14. August 1997

Autor: Kohn, Michael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-902250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit einer «Ode an die Elektrizität» zeigt der Referent die positiven Entwicklungsstrukturen dieser Schlüsselenergie auf. Es folgt die Analyse verschiedener Parameter, welche die heutige und zukünftige Elektrizitätswirtschaft beeinflussen. Warum steht die Branche so stark im Rampenlicht: ist es der Monopolcharakter, sind es Ideologien oder sind es die Gegensätze zwischen Ökologie und Ökonomie? Was bringt die Globalisierung: Ist sie Heilsbringerin oder Krisenszenario? Ein Blick in die nächsten Jahrzehnte offenbart eine Europäisierung der Besitzverhältnisse in unseren Breitengraden. Die Elektrizitätswerke stehen vor neuen Herausforderungen. Die Exponenten und Verantwortlichen sollen deshalb wieder jenes «feu sacré» entwickeln, das sie über Jahre ausgezeichnet hat.

Strom und Gesellschaft: Dauerthema der Energiepolitik

Vortrag an der Jubiläumsfeier zu 100 Jahre Elektra Birseck Münchenstein (EBM)
vom 14. August 1997

■ Michael Kohn

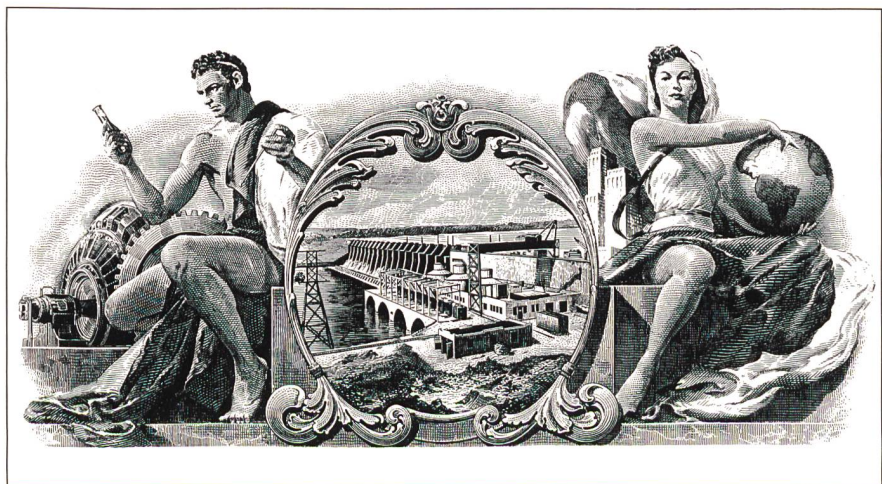
Ode an die Elektrizität

Wir haben Grund zum Feiern! Feiern tut man einmal an einem runden Geburtstag. Feiern drängen sich ferner auf, wenn eine Aufgabe erfüllt, eine Leistung vollbracht, ein Dienst geleistet ist: die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) hat

diese Prämissen erfüllt. Feiern haben aber speziell in einer Zeit einen Sinn, in der die Schweiz in Griesgram verfällt, in der die Schwarzmalerei ihr Unwesen treibt und in der dauernd die dunklen Seiten der Schweizer Geschichte angeleuchtet werden. Da ist es zum Ausgleich gerechtfertigt, in die Geschichte einer Unternehmung hineinzuleuchten, die Licht im doppelten Sinn produziert hat: im historischen wie im technischen. Denn die Geschichte der EBM hat vorwiegend helle Töne. 100 Jahre EBM sind zugleich Ge-

Adresse des Autors

Dr. h.c. Michael Kohn
Präsident des Arbeitskreises
«Kapital + Wirtschaft», Zürich, und der
Energiekommission der Internationalen
Handelskammer (ICC), Paris, Postfach 4813
8022 Zürich



Strom und Gesellschaft: Imposante Kraftwerkbauten stellten den eigentlichen «Sex-Appeal» der Branche dar.

schichte des Kantons Basel-Landschaft, seiner industriellen Entwicklung, seines wirtschaftlichen Aufstiegs. Es sind 100 Jahre Dienst an Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Beim Jubiläum einer Elektrizitätsunternehmung fällt es in der Tat nicht schwer, auch das Hohelied der Elektrizität zu singen. Grund für die Beliebtheit des elektrischen Stroms ist – sagen wir es doch wieder einmal – die Sauberkeit der Handhabung, der komfortable Einsatz und die Vielfalt der Energieträger, mit der er sich erzeugen lässt. Sowohl in der Industrie wie im Gewerbe, im Betrieb wie im Haushalt schätzt man seine Vorzüge. Die Elektrizität hat den Ersatz vieler geisttötender manueller Tätigkeiten durch die Maschine und das technische Gerät ermöglicht. Der bekannte deutsche Sozialist August Bebel schwärmte 1909 in seinem Buch «Die Frau und der Sozialismus» vom elektrifizierten Zukunftsparadies, prägte den Begriff der «Elektrokultur» und sah in der Elektrizität ein Mittel zur Befreiung der Frau von der Sklavenarbeit in Küche und Haushalt.

Am meisten verdankt die Elektrizität ihre Marktdurchdringung jedoch ihren universellen Anwendungsmöglichkeiten. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei den Produktionsprozessen, und die anderen Energieträger Erdöl, Gas, Kohle usw. sind für Zündung, Steuerung und die Hilfsapparate von der Stromzufuhr abhängig. Ohne elektrischen Strom geht überhaupt nichts. Und wenn heute auf die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zurückgeblendet wird, so sei auch ohne Hilfe der Historiker-Kommission Bergier festgestellt, dass unsere wirtschaftliche Funktionstüchtigkeit damals nicht zuletzt deshalb intakt blieb, weil unser Land über eine autarke Stromversorgung verfügte. Müssten wir uns für einen Energieträger entscheiden, ja auf einen Energieträger zurückziehen (um an den damaligen geschichtlichen Vorgang anzuknüpfen), dann wäre dies die Elektrizität. Sie bildet unser energiepolitisches Reduit.

Die EBM hat sich in den 100 Jahren ihrer Tätigkeit nicht nur ihrer engeren Versorgungsaufgabe gewidmet, hat nicht nur gewichtige Teile des Kantons Basel-Landschaft (und einen winzig kleinen Teil Frankreichs) versorgt, sondern die gedeihliche Entwicklung des Kantons, zusammen mit der Elektra Basel-Land, begleitet, ja erst ermöglicht. Seit der Gründung der EBM im Jahre 1897 stieg der jährliche Absatz an elektrischem Strom im Versorgungsgebiet der EBM von damals 337 000 Kilowattstunden bei einer Bevölkerung in ihrem Einzugsgebiet von 57 000 Personen auf heute 1400

Millionen Kilowattstunden bei einer Bevölkerung von 200 000 Personen. Einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung von durchschnittlich 1,2% steht in diesen 100 Jahren ein jährliches, mittleres Wachstum des Stromkonsums von 9,2% gegenüber. Eindrücklich ist das Ausmass der Elektrifizierung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Beim runden Jubiläum vor 50 Jahren betrug der Umsatz der EBM 189 Millionen Kilowattstunden, seither ist er auf das 7,4fache oder 1400 Millionen gestiegen. Der Zuwachs im Bedarf an elektrischer Energie übertraf das Wachstum der Bevölkerung, des Bruttosozialprodukts und des Gesamtenergiekonsums. Erst in den letzten Jahren hat sich die Zuwachsrate des Stromkonsums verflacht. Die EBM ist aber nicht bei der Stromabgabe stehen geblieben, sondern hat ihr Geschäft auf Wärmeanwendungen ausgeweitet und mit der konsequenten Förderung additiver, erneuerbarer Energieformen begonnen.

Eine weitere Errungenschaft, die bei einem 100jährigen Rückblick zu loben wäre, ist die verbindende Kraft der Elektrizität für die interkantonale und internationale Kooperation. Elektrische Leitungen verbinden nicht nur Werke und Schaltstationen, sondern Kantone und Regionen. So ist die EBM eine loyale Aktionärin der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) und damit in das Produktions- und Verteilsystem dieses grossen Überlandwerks eingebettet. Neuerdings hat sich der Aktionsradius der Atel durch das Zusammengehen der Motor-Columbus/Atel-Gruppe mit grossen europäischen Partnern ausgeweitet. Dazu kommt, dass die EBM an gewissen Einspeisepunkten auch von den Bernischen Kraftwerken beliefert wird. Auf dem Gebiet der Stromversorgung ist somit aus freien Stücken eine Idee verwirklicht worden, die auf dem Prinzip der Partnerschaft beruht: Partnerschaft zwischen Schweizer Partnern, die durch eine ausgleichende Balance von Leistung und Gegenleistung ihre Stromversorgung gemeinschaftlich regeln. Partnerschaft aber auch zwischen schweizerischen und ausländischen Elektrizitätsgesellschaften, die dank einem leistungsfähigen europäischen Verbundnetz einen grenzüberschreitenden Stromaustausch pflegen. Das Europa der Elektriker funktioniert besser als das Europa der Politiker.

So ergibt sich denn an diesem Jubiläumstag für den Festredner, dem eine Ode an die Elektrizität zu komponieren leicht fällt, das Bild eines traditionsreichen Unternehmens, das den Konsumenten Licht, Kraft und Wärme liefert, an jedem Ort, zu jeglicher Zeit und zu annehmbaren

Preisen. Das verdient Anerkennung. Die EBM hat die Elektrizität in den Dienst der Versorgung gestellt und sieht in ihrer Grundauffassung über den Sinn ihres Auftrags in der Elektrizität eine Dienerin, eine Dienerin an der Gesellschaft.

Die Elektrizität im Rampenlicht

Wie ist es nun aber zu erklären, dass diese Elektrizität – Dienerin am Menschen, wie wir doch meinen – und dass die Elektrizitätswerke unseres Landes – Dienstleistungsunternehmen par excellence, wie wir doch vorgeben – trotz hervorragender Leistungen nicht ungeteilten Beifall, nicht volle Sympathie finden, sondern mitunter auch auf Skepsis, manchmal sogar auf Antipathie stossen? Was ist der Grund, dass die Elektrizität ständig aus der unpräzisen Selbstverständlichkeit ins öffentliche Rampenlicht gezerrt wird? Woran liegt es mit anderen Worten, dass ich den heutigen Festvortrag jetzt nicht mit einer herzhaften Gratulation an die EBM beenden und die Festgemeinde zum wohlverdienten geselligen Teil ziehen lassen kann, sondern sie hinhalten muss, der historischen Wahrheit zuliebe einen Rundgang durch die Fragen zu absolvieren, welche der Elektrizitätswirtschaft in den letzten Jahrzehnten ein neues Gepräge, ein neues Rollenverständnis verliehen haben. Ein runder Geburtstag ist Anlass genug, sich darüber einige Gedanken zu machen.

Der Strom im öffentlichen Interesse

Dass der Stromsektor immer wieder im Rampenlicht stand, ist einmal darauf zurückzuführen, dass er einen Sachwert von unschätzbbarer Bedeutung und ein **Volksvermögen** darstellt, das zum grössten Teil Kantonen und Gemeinden gehört. Ferner haben Hunderttausende von Obligationären ihre Ersparnisse darin investiert. 40 Milliarden Franken beträgt das heute in die Elektrizitätsversorgung bis zum Abnehmer investierte nominale Kapital. Bezüglich Wertschöpfung hat die Erdöl- und Erdgasbranche nichts Gleichwertiges aufzuweisen. Und da die öffentliche Hand den grossen Anteilseigner darstellt, ist der Stromsektor ein beliebtes Betätigungsfeld und manchmal auch eine Spielwiese für kommunale, kantonale und eidgenössische Politiker geworden. Bei der Tarifgestaltung im Elektrizitätssektor kann man nämlich munter mitreden, beim Erdölpreis dagegen nicht. Der Ölpreis wird in Riad, Abu Dhabi oder Kuwait gemacht, der Stromtarif in Olten, Münchenstein oder Liestal.

Im Brennpunkt des Interesses stand und steht die Elektrizität auch deshalb, weil die Branche – im Gegensatz zur Erdöl- oder Gaswirtschaft – im Land **eigene Stromerzeugungsanlagen** gebaut hat oder bauen wollte und mit ihren Projekten oft auf heftigen Widerspruch gestossen ist. Rheinau, Rheinwald, Grimsel oder Greina waren Reizworte, an denen sich hitzige öffentliche Debatten entzündeten.

Ein weiterer Grund für die Schlagzeilen, welche die Branche jahrelang produziert hat, sind die **Kernkraftwerke**. Die Kernenergie ist für viele zum Symbol für die den Menschen versklavende Zivilisation geworden. Nicht nur wird Energie mit Elektrizität gleichgesetzt, Elektrizität wurde zum Synonym für Kernenergie. Dieser, und mit ihr der Elektrizität, wird mit unverhohlener Antipathie begegnet, weil sie angeblich die Menschheit immer tiefer in einen Teufelskreis verstricken soll. Kaiseraugst oder Graben haben politische Erdbeben, ja fast Staatskrisen ausgelöst. Während die einen die Kernenergie als ökologisch unbedenkliche und brauchbare Antwort auf die Erdölkrise betrachteten, sahen die anderen in ihr eine sozial unverträgliche Energiequelle; allerdings ohne zu belegen, ob alternative Technologien, mit denen wir leben, wirklich sozialverträglicher sind.

Ein Grund für die kritische Einstellung von Bürgern und Konsumenten gegenüber den Elektrizitätswerken liegt ferner in deren **Monopolcharakter**. Ungeteilte Macht ist in schweizerischen Augen an sich ein Ärgernis. Das gibt dem kleinen Mann das Gefühl, beherrscht und eben nicht bedient zu werden. So machen sich Konsumentenorganisationen und eine ganze Reihe sozialer Bewegungen «gegen die da oben» Luft. Auch die Industrie übt sich in letzter Zeit gegenüber der Elektrizitätswirtschaft in auffallendem Liebeszug, weil die Liberalisierung stockt und die Werke jeweilige Kosten erhöhungen dank ihrer Monopolstellung «tel quel» weitergeben. Kein Wunder, dass der Konsument, ob klein oder gross, die laufende Diskussion über die Marktöffnung und die Schleifung der Monopole mit Sympathie verfolgt. Der aufgeklärte und preisbewusst gewordene Konsument oder die Konsumentin haben sich je länger je weniger damit abfinden können, von einem und nur einem Lieferanten abhängig zu sein.

Der Strom zwischen Ideologie und «commodity»

Der auffallendste Grund, weshalb die Energie – speziell die Elektrizität – in den letzten Jahrzehnten im Rampenlicht stand, liegt wohl darin, dass die Energie-

V. l. n. r.: Verwaltungsratspräsident Rainer Schaub, Referent Dr. Michael Kohn und Direktor Dr. Hans Büttiker an der Jubiläumsfeier der Elektra Birseck Münchenstein.



frage vom praktischen Alltag in eine Welt der ideologischen und parteipolitischen Auseinandersetzung emporstilisiert worden ist. Die Energiedebatte fand in der Arena der **Gesellschaftspolitik** statt, wo es nicht mehr um Technik und Wirtschaft, sondern um das Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Maschine, Ökologie und Ökonomie, Lebensformen und Wertsystemen geht. In dieser grossen Glaubensdisputation der Neuzeit, im Dickicht von Minimal- und Maximalforderungen, hat eine zunehmende Polarisierung stattgefunden. Während die einen eine Energieversorgung anstreben, die in den allgemeinen Konsens der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebettet ist, ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlagen, ohne abrupte Abkehr von bewährten Strukturen, ohne energiepolitische Experimente (auch ohne Absage an die Kernenergie), möchten die anderen die Energiepolitik als Mittel benützen, um alternative Systeme einzuführen, von der Grosstechnologie und den traditionellen Energieformen Abstand zu nehmen, die dezentralen Lösungen zu forcieren und der Ökologie zum Primat zu verhelfen.

Diese Mentalitätsunterschiede traten in der Energiedebatte der letzten Jahrzehnte immer wieder zutage. Für die einen ist die Energie wesentlich auch Gesellschaftspolitik, für die anderen vornehmlich «**commodity**», eine Ware wie jede andere.

Pattsituation, die eine Energiepolitik erschwert

Durch diesen Glaubenskrieg seit Beginn der Energiedebatte ist in unserem Land eine Pattsituation entstanden, die eine kohärente, widerspruchsfreie Energiepolitik erschwert und die Ungewissheit andauern lässt. Sie wird akzentuiert durch hängige Initiativen und weiteren Vorstossen, welche die Energie für gesellschaftspolitische Zwecke einspannen wollen.

Die Energie zwischen Ökonomie und Ökologie

Die politischen Differenzen rund um die Energie respektive Elektrizität halten auch in den Neunzigerjahren an. Sie haben sich aufgrund von Rezession und Arbeitslosigkeit ins Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie verschoben. Ein anschauliches Beispiel für die Auseinandersetzung zwischen Wirtschaft und Umweltschutz lieferte die Debatte über:

Das umstrittene Energiegesetz im Nationalrat

Das Seilziehen um das Energiegesetz im Nationalrat nahm auffallende Züge eines sportlichen Matches an, der unentschieden verlief. Zwei Mannschaften standen im Widerstreit: die liberale, wirtschaftsorientierte, meist bürgerliche Gruppe, die auf Freiwilligkeit sowie Kooperation von Staat und Wirtschaft setzt und jeder Energiesteuer abhold ist; andererseits das interventionsfreudige, ökologie- und linksorientierte Lager, das dem Energiesparen und den erneuerbaren Energien, auch mit den Mitteln der Subventionspolitik, höchste Priorität einräumen will. Die Kaskade der Abstimmungen über Einzelanträge fiel im Rat wie erwartet durchgehend knapp aus: Ausdruck der Pattsituation zwischen Rechts und Links, zwischen Ökonomie und Ökologie. Am meisten zu reden gab der Beschluss, «eine Lenkungsabgabe (wie sie genannt wird) auf dem Endverbrauch aller nicht erneuerbaren Energieträger einzuführen», und zwar im Umfange von total 0,6 Rp./kWh: «0,3 Rp./kWh für die Förderung der Sonnenenergie sowie zur Förderung der Holz- und Biomassenenergie und 0,3 Rp./kWh zur rationalen Energienutzung». Mit dieser Abgabe von rund 1 Milliarde Franken pro Jahr sollen zur Hälfte die alternativen Energien, zur Hälfte das Energiesparen gefördert werden. Für die Ohren der Umweltschützer muss diese Perspektive wie eine Bachsche Kantate tönen, für die Wirtschaftenden wie eine dissonante Kakophonie:

- Abgesehen von Zweifeln, ob die Verfassungsmässigkeit der «Lenkungsabgabe» überhaupt gegeben ist, muss man sich fragen, ob es tunlich ist, der Wirtschaft und Konsumgesellschaft in einer höchst prekären Zeit jährlich eine Milliarde Franken gerade in einem Moment zu entziehen, in welcher der Bund masslos verschuldet ist und mit Blick auf die gewichtigen Infrastruktur- und Sozialaufgaben vor grossen Problemen steht. Die Energieversorgung ist nicht die allein seligmachende menschliche Errungenschaft und die Ökologie nicht das Primat aller gesellschaftspolitischen Anliegen.
- Mit einem Aufwand von jährlich 500 Millionen Franken sollen mit der Lenkungsabgabe die unwirtschaftlichen Alternativenenergien, vor allem die Solarenergie, massiv gefördert werden: damit wird die Abgabe zur «Zwecksteuer» und das Steuersubstrat in einem Subventionskarussell umverteilt. Die Rechtfertigung heisst in schöner Färbung: Arbeitsplätze schaffen! Es werden Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen prognostiziert. Mit Geld kann man immer Arbeit schaffen; die Frage ist, ob sie «à la longue» produktiv ist. Mit der Energieverteuerung kann man aber auch Arbeitsplätze gefährden. Zwar ist es richtig, dass in vielen Branchen: Textilien, Nahrungsmittel, Dienstleistungen usw. der Energieanteil äusserst gering ist. Das ist für 90% der Branchen der Fall. Aber auf die restlichen 10% kommt es an. Für die Produktion der energieintensiven Industrie mit Energiebelastungen zwischen 30 und 60% sind die Energiekosten von existentieller Bedeutung. Schon kleine Teuerungen können die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend beeinträchtigen. Inklusiv Zulieferanten können soviel Arbeitsplätze in Gefahr geraten, wie auf der anderen Seite geschaffen werden. Ökosteuern sind in der heutigen Zeit nicht automatisch Jobretter – sie sind potentielle Jobkiller. Negative Effekte von Ökosteuern auf die Beschäftigung könnten dann gemieden werden, wenn die Steuererhebung mit einer gleichzeitigen Senkung der Lohn-Nebenkosten, genannt «Ökologische Steuerreform», einhergehen würde. Diese muss gut überlegt sein. Sie würde eine Umkrempelung unseres Steuersystems und eine Serie von Verfassungsänderungen bedeuten. Aber das ist ein neues Kapitel und Thema fürs nächste Jahrzehnt.
- Alternative, erneuerbare Energien zu

fördern ist kein Sündenfall. Sie sollen eine Chance haben. In der internationalen Energiedebatte hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass unwirtschaftlichen Energieträgern – wie willkommen sie auch sein mögen – zwar eine Starthilfe, das heisst zeitlich befristete Subventionen zur Erleichterung des Markteintritts gewährt werden sollen, aber keine Dauersubventionierung über Jahrzehnte, wie das im nationalrätlichen Beschluss vorgesehen ist. Dies würde zu Marktverzerrungen und Fehlallokationen bedeutender Mittel führen. Starthilfe erhält die Sonnenenergie übrigens durch das zweijährige Impulsprogramm des Bundes, das eben angelaufen und mit insgesamt 64 Millionen Franken dotiert ist.

- Die Energie-Zwecksteuer des Nationalrats kommt in einem Moment, in welchem in der europäischen Energiepolitik Liberalisierung und Deregulierung Trumpf sind. Zur Revitalisierung der Wirtschaft und Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit lautet der europäische Trend: «Runter mit den Energiepreisen!» Dann sind aber Ideen und Projekte über Energieabgaben, wo immer sie ausgebrütet und gehätschelt werden, völlig unzeitgemäss. Sie würden auch in der Energiepolitik einen Sonderfall Schweiz schaffen. Die Schweiz darf nicht zur Geisterfahrerin Europas werden.
- Die Energieabgabe in der nationalrätlichen Fassung des Energiegesetzes dürfte bei ökologisch orientierten Mitbürgern auch deshalb Beifall finden, weil teurere Energie der Kostenwahrheit entgegenkommt. Das führt zur Frage, ob und wann Energiesteuern wirksam sind. Vor Jahren hatten sie noch einen gewissen Kredit. Heute haben sie eine Entzauberung erfahren. Einmal wirken sie nur, wenn die Energienachfrage preispfindlich ist und wenn ökologisch wie wirtschaftlich bessere Alternativen zur Verfügung stehen. Sind die Elastizitäten klein und die Steuersätze gemässigt, wie im nationalrätlichen Vorschlag, wird der Anreiz zur Erneuerung Richtung Umweltschutz klein sein. Hohe Steuersätze ziehen jedoch soziale Nachteile für niedrigere Einkommensklassen, die Beeinträchtigung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der eigenen Industrie oder gar die Abwanderung von energieintensiven Industrien in Länder mit tieferen Energieabgaben nach sich. Sololäufe eines Landes bringen entgegen allen Be-

hauptungen keinen Wettbewerbsvorteil und keinen Innovationsschub mit sich. Das zeigen auch die Erfahrungen in skandinavischen Ländern, die so gerne als Kronzeugen für die vermeintlichen Vorteile von Alleingängen in der Energiesteuerpolitik angeführt werden. Solange sich bei Energie- und Ökosteuern kein europäischer Gleichklang abzeichnet, liegt es im Interesse der Natur, andere Methoden einzusetzen, als gebannt auf Ökosteuern zu warten: Energieforschung in Richtung vermehrter Ökoeffizienz, Einsatz fortgeschrittener Technologien, Verbreitung der Wärme-Kraft-Kopplung, Förderung der Wärmerückgewinnung, Einsatz von CO₂-armen Systemen. Um der Wirtschaft zu erlauben, den Weg Richtung Ökoeffizienz auf dieser praktisch-technologischen Schiene zu fahren, ist es vernünftiger, ihr die finanziellen Mittel dazu zu belassen, als sie ihnen wegzusteuern.

Zusammengefasst kommt man zum Schluss, dass die nationalrätliche Zwecksteuer, abgesehen von der kurzfristigen Befriedigung von einigen spezifischen Partikularinteressen, volkswirtschaftlich zu einem Rohrkrepiere und zu einem Schlag gegen den Wirtschaftsstandort Schweiz würde. So hoffen denn viele, der Ständerat werde für eine Korrektur sorgen.

Clinch zwischen Ökonomie und Ökologie

Spartätigkeit oder Sparwut?

Der Clinch zwischen Ökonomie und Ökologie kommt auch in der Gestaltung unserer Sparpolitik zum Ausdruck. Wieder bietet die Debatte über das Energiegesetz im Nationalrat dazu den treffenden Anschauungsunterricht. Die von der Mehrheit der Kammer der rationellen Energienutzung zgedachten jährlichen 500 Millionen Franken sind eine Illustration dafür, wie in diesem Fall legitime ökologische Postulate unter Hintanstellung wirtschaftlicher Realitäten über Gebühr favorisiert werden:

- In der Schweiz wird Energiesparen auf eidgenössischer wie auf kantonaler Ebene nicht klein geschrieben. Natürlich kann man mehr machen. Doch werden in den Befunden der IEA die Anstrengungen unseres Landes lobend erwähnt. Wir sind hier tatsächlich die Musterknaben Europas. Die Schweiz hat unter den Industrienationen

(IEA-Mitglieder) noch immer die tiefste Energieintensität, das heisst den kleinsten Energieverbrauch pro Einheit Bruttosozialprodukt (im 1994: 0,09 t_{oe}/1000 US\$ zu 1990er-Preisen und -Wechselkursen). Die deutsche Kennziffer ist 50%, der IEA-Durchschnitt doppelt und die amerikanische dreimal so hoch. Auch beim Pro-Kopf-Verbrauch liegt unser Land weit unter dem IEA-Durchschnitt. Mit ihrem Programm «Energie 2000» und anderen Aktionen weist die Schweiz im europäischen Umfeld die rührigste und erfolgreichste Energiesparpolitik aus. Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, die den CO₂-Ausstoss bis zum Jahr 2000 gemäss Klimakonvention auf die Basis des Jahres 1990 herunterfahren werden. Beim CO₂-Ausstoss pro Einwohner ist der Schweizer Wert halb so gross wie der Durchschnitt der OECD-Länder. Während die Völker dieser Erde an Klimakonferenzen noch unschlüssig sind, wie weit sie nach 2000 den globalen CO₂-Ausstoss weiter reduzieren sollen, hat die Schweiz als erste bereits ein fixfertiges CO₂-Gesetz parat. Verglichen mit dem globalen Ressourcenverzehr bildet die Schweiz die Stelle nach dem Komma.

- Dieser eindrucksvolle Sparausweis bedeutet nicht, mit den Sparanstrengungen nachzulassen. Rationelle Energieverwendung ist noch immer wesentlicher Bestandteil helvetischer Energiepolitik. Aber mit Blick auf die Ausgangslage sollte das Energiesparen mit Mass und Ziel betrieben werden. Einen Mammutbetrag von jährlich 500 Millionen Franken in Energiesparprogramme, das heisst in die altbekannte Palette energiesparender Massnahmen investieren zu wollen, die seit Jahrzehnten gefördert werden, ist nicht mehr Sparanstrengung, sondern Sparwut. Experten bei Bund, Kantonen und in der Wirtschaft zweifeln mit Recht daran, ob solche Beträge in vernünftiger Weise in Sparprogramme untergebracht werden können. Mit dem zweijährigen Impulsprogramm des Bundes von 64 Millionen Franken in überschaubarer Weise ein zusätzliches Sparprogramm zu lancieren, scheint einleuchtend. Mit einem Quantensprung auf 500 Millionen jährlich das Energiesparen perfektionieren zu wollen, wäre ein energiepolitischer Schildbürgerstreich.

Als Resultat des kürzlich stattgefundenen nationalen Energiedialogs ist als

erste Priorität in der schweizerischen Energiepolitik nach dem Jahre 2000 «die Steigerung der Effizienz» hervorgegangen. Das entspricht gut schweizerischer Tradition. Diese Prioritätenordnung veranschaulicht aber auch den Unterschied in der Energiekonzeption unseres Landes gegenüber denjenigen des Auslandes, vorab der Dritten Welt. In den Entwicklungsländern kommt Entwicklung vor Umwelt, bei uns Umwelt vor Entwicklung. An internationalen Energiekonferenzen favorisiert man den Begriff «Wachstum» (growth), bei uns zelebriert man die Stabilisierung, auf Deutsch das Nullwachstum.

Auswege aus der Sackgasse

Wenn nun Ökonomie und Ökologie ständig im Clinch sind, was bieten sich dann für Lösungen als Auswege aus der Sackgasse an? Eine Remedur besteht in der Anwendung eines Gedankens, der um die Welt geht: die nachhaltige Entwicklung. Es war das Verdienst des so belächelten Erdgipfels in Rio, das Konzept des «Sustainable Development» als Richtschnur für das Verhalten der menschlichen Gesellschaft für eine künftige Entwicklung festzulegen. «Sustainability» steht auf drei Säulen: der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen. Kein Anliegen ist den anderen untergeordnet, keines den anderen übergeordnet.

Dieses Konzept lebt von der Einsicht, dass eine gedeihliche ökonomische Entwicklung auf die Dauer nicht stattfinden kann, wenn die Umwelt lädiert und der soziale Frieden nicht gewährleistet ist; dass ökologische Postulate nur dann Chancen auf Realisierung haben, wenn die Wirtschaft intakt, von Rezession verschont ist und wenn im sozialen Bereich die Armut gelindert und die Arbeitslosigkeit abgebaut ist; dass den sozialen Anliegen nicht Genüge getan werden kann, wenn die Wirtschaft lahmt und der Respekt vor der Natur verloren geht.

So haben denn alle Parteien eine Bringschuld: Wirtschaft, Umweltschutz und Sozialpartner müssen aufeinander zugehen und von Maximalforderungen ablassen. Die einen sollten Wirtschaftskrisen nicht benutzen wollen, um ökologische Rücksichten und soziales Denken über Bord zu werfen; die anderen sollten einsehen, dass in wirtschaftlich krisenhaften Zeiten ökologische und soziale Errungenschaften möglichst zu wahren, aber nicht «à tout prix» zu vermehren sind. Ökonomie, Ökologie und Soziales sind nun einmal miteinander verstrickt – und in diesem Dreieck bildet die Energie den archimedischen Schwerpunkt. Im Wandel der Energiepolitik hat sich somit

als Konstante das Leitbild durchgesetzt, das schon in der Gesamtenergiekonzeption (GEK) des Jahres 1978 anvisiert wurde: eine Energieversorgung, die – gleichrangig – ausreichend, wirtschaftlich und umweltschonend zu sein hat.

Ein zweiter Ausweg aus der Sackgasse bestünde darin, dass sich Politik und Ideologie etwas aus der Energiefrage zurückziehen. Zwar hat die neue Präsidentin der SP Schweiz in ihrer Antrittsrede ausgeführt, dass – wohl nicht zuletzt aus ökologischen und sozialen Gründen – «die Politik wieder das Primat über die Wirtschaft» gewinnen sollte. Nun wäre aber schon viel geholfen, wenn die Wirtschaft nicht das Exerzierfeld der Politik und der Parteipolitik zu sein brauchte und wenn die Energiepolitik längerfristig ausgerichtet werden könnte als auf die 4-Jahres-Intervalle zwischen eidgenössischen Wahlen. Wenn man den Auflagenschub in Betracht zieht, (die Schweizer Gesellschaft für chemische Industrie berichtet beispielsweise über eine Unmenge von neuen Vorschriften, die im Umweltbereich in Vernehmlassung sind), wenn man zusehen muss, wie die Staatsquote ständig ansteigt, wenn man registrieren muss, dass bestimmte Bewilligungsverfahren für neue Werke und Übertragungsleitungen mehr als zehn Jahre dauern, andere Gesuche schubladisiert sind, dass sich Projekte für Energieabgaben häufen und sich ein Parlament anschickt, mit Energiesteuern Milliarden aus dem Energiesektor abzusaugen – dann ist es nicht die Wirtschaft, sondern die Politik, die Oberhand hat. Der wirbligen SP-Präsidentin sei als Empfehlung in Erinnerung gerufen, dass es bei der Energie- und Umweltpolitik nicht wie bei der Champions League um das Primat, sondern um den Ausgleich von Politik und Wirtschaft geht.

Globalisierung: die neue Herausforderung

Heilsbringerin oder Krisenszenario?

Wenn die Elektrizitätswirtschaft in den letzten Dezennien dauernd im Rampenlicht stand – in den Siebzigerjahren wegen der Gesamtenergiekonzeption, der Frage der Versorgungssicherheit und der Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund; in den Achtzigerjahren wegen der Umwelt und der Kernenergie; in den Neunzigerjahren wegen dem Streit um Ökonomie versus Ökologie – so ist dafür gesorgt, dass die Strombranche auch im Transit ins nächste Jahrzehnt auf den Titelseiten der Gazetten stehen wird: wegen der Globalisierung

und Marktöffnung. «Never a dull moment!» Schon das Wort Globalisierung elektrisiert. Ist sie eine Heilsbringerin oder ein Krisenszenario? Um den Wettbewerb zu bestehen, hat sich die industrielle Welt in Gruppierungen zusammengeschlossen, so auch die Europäische Union (EU). Im Zuge der Globalisierung hat sie sich vorgenommen, zur Revitalisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kostengünstiger und effizienter zu werden. Daraus entstand automatisch ein Trend zur Deregulierung, zur Liberalisierung, zur Marktöffnung. «Competition» ist das Passwort für die bessere Zukunft geworden.

Die Elektrizität ist wieder einmal in den Schlagzeilen.

Wie bekannt, hat der Zug Richtung Liberalisierung auch vor dem europäischen Stromsektor nicht Halt gemacht. Spätestens bis Anfang 1999 müssen die EU-Staaten die europäische Stromrichtlinien in nationales Recht umgesetzt haben. Sie müssen hier nicht näher umschrieben werden. Um nun im schrittweise geöffneten EU-Binnenmarkt für elektrische Energie nicht ins Hintertreffen zu geraten, muss die Schweiz bis dahin ebenfalls vergleichbare Reformen durchführen. Ein Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz befindet sich in Vorbereitung. Das Thema hat auch in Politik und Medien Platz gegriffen: Die Elektrizität ist wieder einmal in den Schlagzeilen.

Betrachtungen von der Tribüne

Es ist nicht verwunderlich, dass die Marktöffnung für die schweizerische Elektrizitätsbranche ein problemträchtiges Novum bildet. Die Globalisierung schafft zwar für alle Branchen der Wirtschaft neue Herausforderungen. Für die Stromwirtschaft sind es fast revolutionäre Neuerungen, die zur Diskussion stehen. Freier Marktzutritt, Aufhebung von Gebietsmonopolen, grössere Transparenz durch «Unbundling», vermehrtes Marketing, Pflege der Kundschaft haben althergebrachte Verhaltensregeln ins Wanken gebracht. Da ist es verständlich, dass sich diese Stromwirtschaft schwer tut, den Gang der Zeit mitzugehen, zumal das bisherige System gar nicht so schlecht funktioniert hat. Wenn die Neuordnung nicht überall mit Hurra-Rufen empfangen wird, dann nicht nur aus einer noch verbreiteten mentalen Trägheit, sondern auch wegen der Probleme und Risiken, die damit verbunden sind: die Vernachlässigung der Versorgungs-

sicherheit und der Reservehaltung; die Benachteiligung von Kleinkunden und strukturschwachen Regionen zugunsten von Grossbezüglern und Ballungszentren; die Favorisierung kurzfristiger und die Vernachlässigung langfristiger Investitionen zulasten der Wirtschaftlichkeit und der Ökologie; die neue Regulendichte für die Organisation des Marktes und die Gefahr neuer staatlicher Interventionen. Andererseits sind die Vorteile, namentlich die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im globalen Markt und damit die Perspektive einer Überwindung der wirtschaftlichen Flaute so vielversprechend, dass die Marktöffnung nicht aufzuhalten ist.

Das Thema wird im Kreis der Werke und des Verbands Schweizerischer Elektrizitätswerke, dort unter dem Namen «Merkur», so intensiv behandelt, dass es vermessen wäre, in einer Festansprache auf die Vielfalt der Probleme und ihrer Lösungen einzugehen. Einige Randbemerkungen seien dennoch erlaubt:

Wer Markt sagt, muss ihn auch wollen.

Wer Markt sagt, muss ihn auch wollen

Es macht nicht viel Sinn, am Sonntag von der freien Marktwirtschaft zu reden und am Montag Massnahmen zu diskutieren, die auf ihre Behinderung hinauslaufen. Auf eine plakative Formel gebracht heisst dies: gleich lange Spiesse für alle im In- und Ausland, bei Steuern und Abgaben, bei Auflagen und Vorschriften; Überdenken des Versorgungsauftrags respektive Abgeltung gemeinschaftlicher Leistungen; klare neue Organisation für die Netzregulierung, für die Reservehaltung und den Betrieb des Verbundnetzes; Übergangsfristen für noch nicht abgeschriebene Investitionen; Wegfall der Bewilligungspflicht für Exporte; Wegfall der Preisüberwachung; Wegfall der Stromübernahmepflicht aus dezentralen Anlagen mit vorgeschriebenen Preisen; Tolerierung von Marketing für Stromanwendungen und für den Stromverbrauch. Der Markt lebt von der Entfaltung, nicht von der Limitierung.

Abschied von der Sowohl-als-auch-Politik

Wenn das Hauptmotiv der Marktöffnung ist, Wettbewerb zu schaffen und kostengünstiger zu produzieren, dann muss folgerichtig davon abgesehen werden, Verbilligungen durch die Erhebung von neuen Steuern und Abgaben zu unterlaufen. Man kann nicht für die Liberalisie-

rung und Marktöffnung sein und handkehrum Wettbewerbsvorteile zunichte machen. «Stägeli uf, Stägeli ab, juhe» ist keine Melodie, die heute in der Hitparade Platz hat.

So viel Regulierung wie nötig, nicht wie möglich

Die mit der Marktöffnung verbundenen Probleme sind komplex. Staatliche Regelungskompetenzen werden nötig sein, so in den Bereichen Netzzugang, Netzbetrieb, Kostentransparenz, Grundversorgung und «stranded investments». Aber der helvetische Hang zum Perfektionismus soll nicht dazu führen, dass aus der Liberalisierung eine neue Einschränkung, aus der Deregulierung eine übertriebene Reregulierung entsteht.

Wer nicht handelt, wird behandelt.

Wer nicht handelt, wird behandelt

Die Liberalisierung des Schweizer Strommarkts trifft die Elektrizitätsgesellschaften auf verschiedene Weise, da die Interessenlagen nicht kongruent sind. Differenzen sind zum Beispiel bei der Behandlung von «stranded investments» oder beim Betrieb des Höchstspannungsnetzes vorhanden, wo Lösungen mit einer Netzbetriebsgesellschaft, einer Netzkoordinationsstelle oder andere Varianten im Gespräch sind. Wenn die Elektrizitätswirtschaft in den entscheidenden Bereichen nicht selber tragfähige Lösungen präsentiert, wird der Bund einschreiten müssen.

Kundenorientierung heisst Netzpflege

Wenn in einem deregulierten Markt der Kunde König und der Kundenservice oberstes Gebot ist, dann ergibt sich daraus auch eine Aufwertung des Verteilnetzes. Während früher die Realisierung von imposanten Kraftwerkbauten den eigentlichen «Sex-Appeal» der Branche darstellte, ist heute die Pflege und der Ausbau der Verteilnetze zu den vordergründigen Aufgaben geworden. In der Vergangenheit standen die Investitionen in Erzeugung und Verteilung im Verhältnis 1:1 zueinander. In den nächsten Jahren wird der Kraftwerkbau zurückgehen, auch weil sich die Tendenz abzeichnet, bestehende Anlagen zu ertüchtigen und ihren Betrieb zu verlängern. Die Investitionen in die Netze werden gewichtsmässig zunehmen. Die gewichtige Rolle, welche die Netze in Zukunft spielen, rechtfertigt aber in keiner Weise Ideen, man müsse die Netze dem staatlichen Zugriff aussetzen.

Bremskräfte im Marktöffnungsprozess

Trotz allen objektiven Schwierigkeiten wird der Liberalisierungsprozess voranschreiten (müssen). Besonders die Industrie, die im Hochpreisland Schweiz produzieren muss, erwartet ungeduldig, von den Vorteilen der Marktöffnung profitieren zu können. Für sie öffnen sich die Türen viel zu langsam, ist der Weg mit zu vielen Wenn und Aber belegt. Die Schweiz ist ein Bummelzug mit Halt auf allen Stationen.

Die Schweiz ist ein Bummelzug mit Halt auf allen Stationen.

Das schleppende Tempo liegt nicht allein bei der Strombranche, sondern an Bremskräften, die sich der Deregulierung entgegenstellen oder ihr mit Skepsis begegnen.

Die Mentalreserve der Branche

Trotz der Einsicht in die Unvermeidbarkeit der Marktöffnung sind manche Verantwortliche der Branche innerlich noch nicht ganz überzeugt, dass das neue System reibungslos funktionieren wird. Doch sollte die Elektrizitätswirtschaft nicht in eine «Wagenburgmentalität» verfallen, sondern sich auf die Veränderung zügig vorbereiten.

Die Alpenkantone

Sie sind es, die durch die Marktöffnung stark benachteiligt werden können. Die Wasserkräfte Graubündens, des Wallis, in Bern, in Uri haben Konkurrenz erhalten. Da manche Wasserkraftanlagen der Alpen relativ hohe Gestehungspreise aufweisen, die durch die kürzlich durchgekämpften Wasserzins erhöhungen noch hinaufgetrieben wurden, entsteht in unseren Gebirgskantonen, aber auch bei den Elektrizitätsunternehmen, die Furcht vor gestrandeten Werksruinen, die im internationalen Wettbewerb nicht mehr rentabel sind. Deshalb das Verlangen von Konzessionsgebern und -nehmern, mit angemessenen Übergangsfristen einen abrupten Systemwechsel zu vermeiden. Ob das Problem allein durch Abschreibungen während einer erstreckten Übergangszeit gelöst werden kann oder ob Gelder eines zu äufnenden Fonds oder spezielle Gebühren bei Durchleitungen zur Abgeltung von «stranded investments» eingesetzt werden sollen, ist noch in Diskussion.

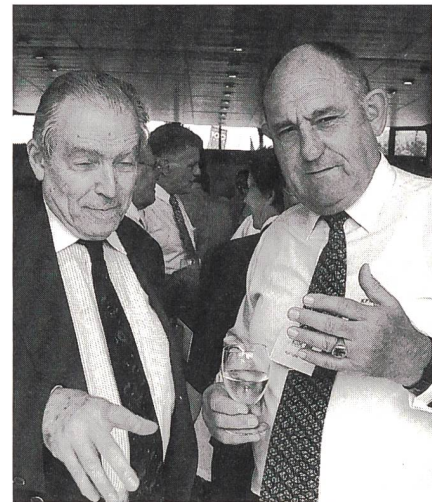
Die Stadtwerke und die Kleinkonsumenten

Der Mangel an Rücksicht auf die besondere Lage der Industrie sowie ver-

frühte Ansprüche der Konsumentenorganisationen sind ein weiterer Grund für die Erschwernisse im Liberalisierungsablauf. Dieser soll gemäss Absicht der EU in einem ersten Schritt der Konkurrenzfähigkeit der Industrie zugute kommen. Die Schweizer Industrie, durch die höchsten Strompreise handicapiert, erhofft sich von der Vergünstigung der Elektrizität einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Flaute. Noch kaum instradiert, laufen bereits Stadt-, Wiederverkäuferwerke sowie Konsumentenschützer Sturm. Ihnen ist es ein Dorn im Auge, dass nur die industriellen Grosskonsumenten von der Marktöffnung profitieren sollen und nicht auch sie – obwohl im Sektor Haushalt die Strompreise im Vergleich zum Ausland moderat sind. Politiker aus dem rot-grünen Spektrum haben Opposition angekündigt, falls die Haushalte nicht im gleichen Masse wie die Industrie profitieren können. Man will also der Industrie, als möglichem Zugpferd des wirtschaftlichen Aufschwungs, den Vortritt nicht lassen. Natürlich sollen die Stadt- und Verteilwerke die Zeche der Marktöffnung nicht berapen müssen und in einer zweiten Phase unter gleichen Bedingungen am Markt teilnehmen können. Doch sollten sie sich einer graduellen Öffnung und der Einführung einer Testphase nicht entgegenstemmen, denn auch der Kleinkonsument profitiert vom Wohlergehen der Wirtschaft.

Der Umweltschutz

Unbehagen bereitet die Liberalisierung den Grünen. Gedrückte Strompreise und scharfe Konkurrenz sind ihnen nicht geheuer, denn Energiesparen und ökologische Errungenschaften könnten in den Hintergrund geraten. Ökonomie und Ökologie kommen sich erneut ins Gehege. Anfänglich wurden Forderungen laut, die aus dem Ausland importierte Elektrizität müsse aus ökologisch unbedenklichen Erzeugungsanlagen kommen oder andernfalls finanziell bestraft werden – wie wenn man dem im internationalen Verbundnetz vagabundierenden Strom seine Herkunft ansehen könnte. Die Einfuhr von Strom aus umweltbelastenden Anlagen kann am besten dadurch verhindert werden, dass wir unsere erprobten schweizerischen Kernkraftwerke weiter laufen lassen, was uns davon abhalten wird, Strom aus maroden Anlagen des Ostens einführen zu müssen. Mit dem Weiterbetrieb unserer Nuklearwerke wird zudem die Wirkung des geplanten Schweizer CO₂-Gesetzes unterstützt und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes erst eigentlich ermöglicht.



Dr. Michael Kohn (links) und VSE-Präsident Kurt Küffer an der Feier der EBM in Münchenstein.

Auch mit Blick auf den Binnenmarkt bangen Umweltschutzkreise mit Recht um den Erhalt der ökologischen Bestände. Falls die Remedur darin bestehen soll, die Stromliberalisierung durch Einführung von Lenkungsabgaben abgestufter Intensität auf nicht erneuerbaren, «schmutzigen» Energien zu begleiten, wie das da und dort verlangt wird, dann ist von diesen Ansinnen abzuraten, weil sie dem Liberalisierungskonzept widersprechen und über die Hintertreppe den wirtschaftlichen Aspekten die ökologischen vorantreiben würden. Diesen Rechnung zu tragen, gibt es ein Umweltschutzgesetz. Im Geist der Marktöffnung müsste auch die in der nationalrätlichen Version des Energiegesetzes stipulierte Abnahme von Strom aus fossil betriebenen Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen (WKK) zu vorgeschriebenen 16 Rappen pro Kilowattstunde schleunigst gestrichen werden. Entspringt jedoch die Sorge der Umweltschützer der Tatsache, dass nach der Marktöffnung neue oder erneuerte Wasserkraftwerke im Vergleich zu den weniger umweltfreundlichen Gas- oder Dieselanlagen unrentabel werden könnten, so deckt sich diese Bange auch mit dem finanziell bedingten Unbehagen der Elektrizitätswirtschaft und der Alpenkantone. Das Problem muss im Kontext der Lösungen für die nicht amortisierbaren Investitionen gelöst werden.

Moral der Geschichte: Damit sich auch bei der Marktöffnung nachhaltige Fortschritte einstellen, werden die Trieb- und Bremskräfte einvernehmlich die dem Ziel angemessene Gangart einschlagen müssen.

Europäisierung der Besitzverhältnisse

Soll abschliessend noch ein Blick ins nächste Jahrzehnt geworfen werden, so wird dieses durch die Realisierung der Marktöffnung, aber auch durch die Verflechtung der Eigentumsverhältnisse geprägt sein. Mit der Liberalisierung gingen auch in der Schweiz grundlegende Veränderungen in den Beteiligungsverhältnissen einher. Aus losen Kontakten und Ad-hoc-Kooperationen zwischen hiesigen und ausländischen Stromunternehmungen sind mittlerweile durch handfeste ausländische Beteiligungen an Schweizer Unternehmungen finanziell untermauerte Bindungen geworden. Die Schweiz hat sich auf diesem Sektor eng mit Europa liiert. Symbolisiert wird die Europäisierung der hiesigen Stromwirtschaft durch die Zusammenschlüsse der Motor Columbus/Atel-Gruppe mit der EdF, Paris, und dem RWE, Essen, einerseits und der Beteiligung des Bayernwerks, des Badenwerks und der EV Schwaben – in Gemeinschaft mit der federführenden NOK – an der neu gebildeten Watt AG andererseits. Wenn die ausländischen Aktionäre in beiden Fällen und gesamthaft gesehen immer nur die Minderheit bilden, sind ihre Potenz und ihr Einfluss so gewichtig, dass sie ein entscheidendes Wort mitreden werden. Durch die beschriebenen Kooperationen mit ausländischen Partnern wird die schweizerische Stromwirtschaft in den Sog europäischer Strompolitik hineingezogen.

Die Frage stellt sich, wie die Entwicklung weitergehen könnte. Die UBS hält noch über 30% der MC-Aktien, die CS Holding mittlerweile 20% der Watt-Aktien. Wo landen sie und wo sind die Landeplätze? Es wäre wünschenswert, wenn das Konzept mit schweizerischen Mehrheitsverhältnissen durchgehalten werden könnte. Doch besteht dafür keine Gewähr. Deshalb sind mit der Zeit Lösungen mit ausländischen Mehrheiten nicht auszuschliessen.

Solche Gedanken dürften bei vielen Zeitgenossen Unbehagen, ja Gefühle des Ausverkaufs der Heimat auslösen. Ausländische Mehrheiten in den schweizerischen Überlandwerken dürften wie ein Sakrileg empfunden werden. Doch stellt sich die Frage, ob solche Mentalreserven nicht von einem überholten nationalen Denkansatz ausgehen. Die Schweiz, die pro Kopf weltweit die grössten Direktinvestitionen im Ausland aufweist, müsste eigentlich für eine liberale Investitionspolitik eintreten, wenn Aus-

länder in die Schweiz kommen. Es ist auch paradox, wenn die Schweiz einerseits ausländische Investitionen im eigenen Land fördern will, aber zurückschrecken würde, wenn sich solche Investitionen im Strombereich abwickeln – im Erdölbereich sind sie schon lange gang und gäbe. Zugegeben: die Stromversorgung hat eine besondere politische Dimension und die Infrastruktur eines Landes gibt man nicht gern ausländischen Kräften frei. Da unsere Elektrizitätswirtschaft im europäischen Verbund voll integriert ist, haben Grenzen nicht mehr die gleiche Bedeutung wie früher. Falls es in Schweizer Werken zu ausländischen Mehrheiten kommen sollte, so wäre dies bedauerlich und Ausdruck althergebrachter Rivalitäten innerhalb der Schweizer Stromwirtschaft und Bankenwelt – ein Weltuntergang wäre es dennoch nicht.

Die Stromversorgung hat eine besondere politische Dimension

Grenzüberschreitende Beteiligungen bis zu Mehrheitsverhältnissen sind gegenwärtig im Stromsektor «en vogue». Die englische Elektrizitätswirtschaft ist zu drei Vierteln von amerikanischen Gesellschaften (wie Power Gen, Central and South West, Southern Group, Dominion Resources und anderen) aufgekauft worden. Die französische EdF hat sich mit Partnern in die Stromversorgung von Rio und mit einer anderen Gruppe in Buenos Aires eingekauft. Die italienische ENEL verfolgt ähnliche Pläne. Mit Engineering und betrieblichem Know-how werden Stromversorgungen aufgebaut und Synergien entwickelt. Und vergessen wir nicht, dass schweizerische Holding-

gesellschaften (Motor-Columbus, SAEG und Südelektra) mit ihren Verbündeten mehrheitlich an Stromversorgungsfirmen in Argentinien und Peru beteiligt waren. Auguren sagen voraus, dass analog wie bei den Fluggesellschaften, der Nahrungsmittelindustrie, den Versicherungen und Banken auch im Elektrizitätssektor mit der Zeit einige wenige, aber potente Power-Häuser am Markt übrigbleiben werden.

So kann es denn Realität werden, dass auf der Hochspannungsebene respektive bei den Überlandwerken eine weitgehende Europäisierung des Einflusses stattfindet, dass aber als Pendant die Verteilergesellschaften in Form von Aktiengesellschaften und Genossenschaften den nationalen Charakter bewahren werden. In Olten oder Baden würden die Trikoloren wehen, in Münchenstein, Liestal oder Aarau die Schweizer Flagge. Eine Firma wie die Elektra Birseck mit ihrer eigenständigen Struktur ist prädestiniert, als Schweizer Unternehmung den Kontakt mit ihren Schweizer Konsumenten aufrechtzuerhalten.

Epilog

Die Elektrizitätswerke haben «strube» Zeiten mitgemacht und stehen vor neuen Herausforderungen. Sie werden auch diese bestehen. Sie haben etwas geleistet und können eine gute Sache vertreten. Sie haben keinen Anlass, in der Defensive zu verharren – im Gegenteil, sie sollten wieder offensiv, wieder kämpferischer werden. Die Exponenten und Verantwortlichen sollten wieder jenes «feu sacré» entwickeln, das sie über die Jahre ausgezeichnet hat. Nur wer selber brennt, kann auch andere anzünden.

Electricité et société – thème permanent de politique énergétique

Une «ode à l'électricité» met en évidence les éléments du développement positifs de cette énergie-clé. Divers paramètres importants pour l'économie électrique sont analysés. Pourquoi la branche est-elle à ce point exposée aux feux de la rampe: est-ce dû à son caractère de monopole, à des questions idéologiques ou à l'opposition entre écologie et économie? Qu'apporte la globalisation: est-elle synonyme d'essor ou de crise? Un coup d'œil sur les prochaines décennies laisse apparaître une européanisation des conditions de propriété sous nos latitudes. Les entreprises électriques sont confrontées à de nouveaux défis. Les chefs de file et les responsables doivent donc à nouveau faire preuve de ce feu sacré qui les a longtemps caractérisés.